Es ist die größte Gefahr, mit der die Menschheit konfrontiert ist und niemand kann ihr entfliehen, obwohl viele das nicht verstehen. Sie nimmt nach und nach zu und deshalb bleibt sie für die Mehrheiten, die sich verständlicherweise um dringende Probleme wie ihren Lohn oder ihre Sicherheit kümmern müssen, weitgehend unbemerkt. Und die Eliten gehen diese Gefahr nicht an, weil sie davon besessen sind, ihre Privilegien und ihre Macht zu verteidigen. Jedes Jahr verschlimmert sich die Situation, denn die Maßnahmen, die bis jetzt ergriffen wurden, sind nicht wirksam genug gewesen, um die Verschlimmerung aufzuhalten. Diese Gefahr betrifft alle, in jedem Winkel des Planeten, ohne dass irgend jemand vor ihr sicher wäre. Von **Eduardo Gudynas**.

Die ökologische Krise ist derartig schwerwiegend, dass viele Experten der Auffassung sind, dass der Fortbestand der Menschheit – so wie wir sie kennen – in Gefahr ist. Die Umweltschäden haben unmittelbare Auswirkungen auf die Produktion und die Vermarktungsketten bei Lebensmitteln, auf den Zugang zu und die Versorgung mit Trinkwasser, auf die Gewinnung und Nutzung von Kohlenwasserstoffen und auf viele andere Bereiche.

Die andere Seite dieser ökologischen Dimension ist immer die ökonomische und deshalb umfasst sie alle Arten von Interessen und Machtspielen.

Alle lateinamerikanischen Länder sind in diese Situation verstrickt, seien es Giganten wie Mexiko oder Brasilien oder die kleinen mittelamerikanischen oder Karibiknationen. Jeder trägt Verantwortung, zu dieser Verschlimmerung beizutragen, seien es wenige Treibhausgase oder enorme Flächen abgeholzter Wälder. Gleichzeitig werden alle unter den Folgen leiden, denn ein ökologischer Zusammenbruch wird sie hart treffen.

Die Alltagspolitik, die Formen staatlicher Verwaltung und ein großer Teil der Diskussionen über den Kurs eines jeden Landes haben enorme Probleme, mit dieser Situation umzugehen. Der größte Teil der politischen Akteure begreift nicht, dass die Umweltprobleme die wirtschaftlichen Optionen der unmittelbaren Zukunft bestimmen werden. Oftmals glaubt man, dass das eigene Land anders sei und dass Katastrophen wie der Klimawandel ausschließlich eine Sache der Europäer und Nordamerikaner wären oder dass der Verlust der Biodiversität nur in den Amazonaswäldern vorkommt. Es gibt ein Gefühl, eine dumme Illusion von einer lateinamerikanischen Sonderstellung, die es erlauben würde, den weltweiten ökologische Veränderungen auszuweichen.

Aus all diesen Gründen wird eine Politik praktiziert, wie sie dem vergangenen Jahrhundert eigen war.

Die Realität ist ganz anders. Es gibt kein Entkommen vor der ökologischen Krise und ebenso wenig vor den globale Katastrophen. Hinzu kommen unsere eigenen kontinentalen und schließlich noch die nationalen Probleme. Wir haben es zu tun mit einer verflochtenen Krise, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielt: global, kontinental und lokal. Gleichzeitig laufen miteinander verbundene Prozesse ab, in denen eine ökologische Katastrophe ernste Rückwirkungen und Auswirkungen in anderen Dimensionen hat, wobei die ökonomischen und politischen dabei die unmittelbarsten sind.

Die Grenzen des Planeten

Um uns die Situation, der wir gegenüberstehen, klar zu machen, ist es nützlich, auf das Bild der globalen Schwellen- bzw. Grenzwerte zurückzugreifen, unter denen unser Leben überhaupt möglich ist. Umgekehrt: werden diese Grenzwerte über- bzw. unterschritten, werden die negativen Auswirkungen ausgelöst; einige davon wird man ausgleichen können, aber wenn die Entwicklung weiter so voranschreitet, werden auch diese Optionen verloren gehen.

In den letzten Jahren ist an neun für das ökologische Funktionieren des Planeten wichtigen Dimensionen gearbeitet worden : Klimawandel, Verschlechterung der Ozonschicht, Ausstoß von Aerosolen in den Himmel, Artenverlust von Flora und Fauna, Veränderung in den biochemischen Zyklen und bei der Bodennutzung, die Verfügbarkeit von Süßwasser, Übersäuerung der Ozeane und die Vergiftung mit Chemikalien, Plastik und vielen anderen vom Menschen geschaffenen Stoffen.

Das bekannteste Thema ist wahrscheinlich der Klimawandel, hervorgerufen durch den Ausstoß der sogenannten Treibhausgase, die bei der Verbrennung von Erdöl oder Kohle entstehen. Die Folge dessen ist das schrittweise Ansteigen der Durchschnittstemperatur auf der Erde, und wenn der Grenzwert überschritten wird, kommt es zu allen möglichen Störungen wie übermäßige Regenfälle an einem Ort und Dürren anderenorts; Wellen extremer Hitze oder harten Kälteperioden.

Es ist nicht möglich, bei einem spezifischen Ereignis – sei es ein Wasserdefizit an einem Ort oder eine Überflutung an einem anderen – konkret auszumachen, ob es wirklich dem Klimawandel und nicht irgendwelchen anderen Umständen geschuldet ist.

Aber es ist durchaus möglich, der Argumentation zu folgen, dass unter den Bedingungen des Klimawandels sich die Wahrscheinlichkeit für derartige Störungen erhöht und diese sich öfter wiederholen; das ist genau das, was gegenwärtig in ganz Lateinamerika geschieht. Die Folgen sind unmittelbar und betreffen zum Beispiel die Landwirtschaft mit dem Rückgang der Produktivität, verlorenen Ernten und der Notwendigkeit finanzieller Hilfen; oder sie betreffen die Städte, wenn der Zugang zu Trinkwasser beeinträchtigt ist. All das hat wiederum wirtschaftliche und politische Auswirkungen.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft hat ein ums andere Mal gewarnt, dass die durchschnittliche Temperatur auf der Erde nicht um mehr als 1,5 Grad ansteigen darf, um uns innerhalb des gewohnten klimatischen Rahmens zu halten. Auch sei das Erreichen des Ziels der Klimaneutralität (Null Netto-Emission) bis zum Jahr 2050 nicht gesichert. Hier liegt die Schwelle für diesen Bereich und um diesen Grenzwert nicht zu überschreiten, müssen die Länder ihre Emissionen von Treibhausgasen drastisch reduzieren, unter anderem durch Moratorien für die Erschließung neuer Kohle- oder Erdöllagerstätten oder den Stopp der Abholzung. Fast alle Regierungen haben verschiedene Verpflichtungen in diesem Sinne übernommen – einschließlich des Pariser Klimaabkommens, und alle nahmen am Weltklimagipfel in Ägypten (COP27) teil, um ihre Versprechen zu wiederholen.

Aber wie das Umweltprogramm der Vereinten Nationen gerade erst bekannt gegeben hat, sind sowohl diese Versprechungen als auch die tatsächlichen Reduzierungen jedes Landes unzureichend. Alles deutet darauf hin, dass es bis zum Jahr 2030 nicht zu einer Reduzierung der über Schornsteine und Abgasanlagen freigesetzten Gase kommt, sondern diese Mengen im Vergleich zu den Volumina aus der Zeit vor der Corona-Pandemie 2019 (als die 55 Millionen Tonnen CO2 weit überschritten wurden) ansteigen werden.

Wir werden sogar bei einem Temperaturanstieg um 2,8 Grad landen, was das Abschmelzen enormer Polarmassen und den Anstieg der Meeresspiegel um mehr als zehn Zentimeter bedeutet, etwa 1,7 Milliarden Menschen werden an extremen Hitzewellen, 61 Millionen an Dürren leiden und es kommt zu massiven Verlusten bei der Artenvielfalt. Viele Regionen werden zu Wüsten und die landwirtschaftlichen Nutzflächen und damit die weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln werden sich gravierend verändern.

Ein kranker Planet

Wenn man die anderen globalen Grenzwerte betrachtet, deutet alles darauf hin, dass schon sechs der neun Belastungsgrenzen der Erde verletzt worden sind. Tatsächlich kommen zum Klimawandel noch der Verlust an Vielfalt bei lebender Arten, die Störungen in den biochemischen Abläufen (mit Schwerpunkt auf dem, was mit Phosphor und Nitraten passiert), die Veränderungen beim Süßwasser (aus Niederschlägen, die den Boden durchfeuchten und dann wieder verdunsten), die Veränderungen bei der Nutzung der Landflächen (durch Maßnahmen zur Schaffung von Wohnraum, Infrastruktur und Anlagen) und eine Flut von synthetisierten, in der Natur nicht vorkommenden Substanzen hinzu. Der einzige Erfolg war bisher die Abwendung der Zerstörung der Ozonschicht.

Der Verlust an Biodiversität ist alarmierend. Etwa 77 Prozent der Erdoberfläche und 87 Prozent der Ozeane sind durch den Menschen verändert worden, was dazu führte, dass 83 Prozent der Biomasse bei Säugetieren und die Hälfte der ursprünglichen Vegetation verloren ging. Die Auswirkungen auf Flora und Fauna waren brutal. Man nimmt an, dass eine Million Arten vom Aussterben bedroht sind: ein Viertel der Säugetierarten und 41 Prozent der Amphibien. Wildnisgebiete wurden abgeholzt, umgewandelt für die Viehzucht oder Landwirtschaft oder durch Städte ersetzt.

Gleichzeitig häufen sich immer mehr neue chemische und Plastik-Produkte an, die vom Menschen synthetisch hergestellt wurden und nicht in der Natur vorkommen. Jährlich werden 400 Millionen Tonnen Plastik produziert, werden 300 bis 400 Millionen Tonnen Schwermetalle, Lösungsmittel und andere Industrieabfälle in die Gewässer gekippt; die Düngemittelnebenprodukte verschmutzen Flüsse, Lagunen und Küsten. Die in winzige Partikel umgewandelten Kunststoffabfälle gelangen in die Luft, den Boden und das Wasser. Man schätzt, dass jeder Mensch täglich mehr als 100.000 von diesen Partikeln indirekt aufnimmt, und sie sind auch schon in unserem Blut gefunden worden. Dasselbe passiert mit anderen Substanzen wie dem sehr bekannten Pflanzengift Glyphosat, das als solches oder in seinen Derivaten in Lebensmitteln, Muttermilch, Bier oder auch Tampons gefunden wurde.

Man schätzt, dass alle Schwellenwerte bis 2030 verletzt werden. Alles deutet darauf hin, dass die Überschreitung des Grenzwertes für den Säuregehalt der Ozeane kurz bevorsteht, was eine Katastrophe für das maritime Leben auslösen würde, mit dem Verschwinden des größten Teils der Korallenriffe.

Man sollte sich sehr klar machen und verstehen, dass diese Umweltkatastrophe keinen Kollaps von einem Tag auf den anderen bedeutet, sondern dass unsere

Kinder und Enkel einer anderen Welt gegenüberstehen werden, unter anderen Umweltbedingungen, die für den größten Teil der Menschheit Risiken und Einschränkungen in solch grundlegenden Dingen wie dem Zugang zu Lebensmitteln und Wasser mit sich bringen.

Verflechtungen

Die Grenzen zwischen den Ländern verschwimmen; das was in einer weit entfernten Region der Erde passiert, betrifft letztlich auch uns. Das ist augenscheinlich beim Klimawandel, denn die von China und den USA – den beiden Hauptverantwortlichen für den Treibhauseffekt – ausgestoßenen Gase führen zu Veränderungen, die andere Länder schwer treffen, von den kürzlichen verheerenden Überschwemmungen in Pakistan bis zur Dürre in Brasilien.

Die Dynamiken der Naturzerstörung zur Gewinnung von Rohstoffen sind auch global. China ist heute der größte Importeur von Rohstoffen aus ganz Lateinamerika. Die globale Nachfrage und die chinesische Vermittlung haben die Fördermenge im Bergbau und beim Erdöl sowie die Landwirtschaftsproduktion in Lateinamerika vervielfacht, um sie nach China und andere asiatische Länder zu exportieren. Während in den 1960er-Jahren ungefähr 156 Millionen Tonnen an Bodenschätzen nach Westeuropa und Nordamerika exportiert wurden, kauften China und seine Nachbarn im Jahr 2016 bereits 527 Millionen Tonnen, und 157 Millionen Tonnen wurden in den industrialisierten Norden verkauft. Es hat sich nicht nur die Förderung von Ressourcen an sich vervielfacht, sondern China steht auch für das Dreifache der Menge, die insgesamt nach Westeuropa und Nordamerika exportiert wird.

Wir befinden uns in einer ganz anderen Welt als der, die sich die alte Politik vorgestellt hat, jene, die die USA oder die europäischen Mächte kritisierte. Was in Brüssel oder Washington entschieden wird, ist weiterhin wichtig, aber noch wichtiger sind die Beschlüsse des jüngsten Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas. Wir sehen uns ungleichen Beziehungen gegenüber – sowohl im Ökonomischen als auch im Ökologischen. Wir exportieren Rohstoffe – in einigen Ländern sind das Bodenschätze und in anderen Lebensmittel aus der Landwirtschaft – vergleichsweise billig, weil die Lateinamerikaner die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten für die Verschlechterung tragen, die dies in jedem Land produziert. Das Beharren von Regierungen auf Freihandelsabkommen, insbesondere mit China und anderen asiatischen Ländern, werden diese ökonomischen und ökologischen Asymmetrien nicht umkehren sondern sie noch

weiter verstärken.

Auf kontinentaler Ebene hat die Politik einer Regierung direkte Auswirkungen auf die Nachbarländer. Die Abholzung des Amazonaswaldes, die Jair Bolsonaro während seiner Präsidentschaft in Brasilien beförderte, zerstört nicht nur eines der wertvollsten Reservoirs an Artenvielfalt auf der Erde, sondern verändert auch die hydrologischen Abläufe und die Klimadynamik in Südamerika. Etwas Ähnliches geschieht auch durch die Unfähigkeit der Regierung in Bolivien, Brände oder Abholzungen in den dortigen Wäldern zu verhindern.

Das wirkt sich letztlich auf alle Länder im Einzugsgebiet des Rio de la Plata aus, möglicherweise durch die Veränderung der Niederschläge, und diese Auswirkungen dehnen sich noch weiter gen Süden aus. Zugleich leiten alle Länder in diesem riesigen Einzugsgebiet – dem zweitgrößten in Lateinamerika – verschiedenartigste Giftstoffe, von Agrochemikalien über Bergbauabfälle bis hin zu den Abwässern aus den Kloaken der großen Städte in ihre Flüsse ein und gefährden so die Mündungsgewässer des Río de la Plata.

Man kann der Geographie nicht entfliehen und die konventionelle Politik versteht das immer noch nicht. Wir sind mit einer Krise konfrontiert, in der die politischen Grenzen nicht existieren und diese Besonderheit weiterhin zu ignorieren, verschleiert nur das mangelnde Interesse an einer Lösung zur Bewältigung der Krise.

Zivilisatorischer Kollaps

Die ökologische Krise wird uns nach Auffassung der Vereinten Nationen in einen Kollaps der Zivilisation führen. Das ist kein übertriebener Alarmismus, denn diese Warnung wird aus anderen Bereichen und Perspektiven wiederholt. Es ist so, dass die Störungen in wesentlichen Prozessen und Abläufen wie der Versorgung mit Nahrungsmitteln oder Trinkwasser soziale Proteste entfesseln werden, Migrationswellen und möglicherweise Zusammenstöße zwischen Ländern. Das erklärt den harten Kampf, der in den Reihen der unternehmerischen politischen Eliten im Gang ist. Dabei stehen sich diejenigen, die die konventionellen kapitalistischen Strategien beibehalten wollen, und jene gegenüber, die versuchen, diese Strategien zu reformieren, um genau diesen Kollaps zu vermeiden.

Ein Beispiel sind die Aufrufe seitens des Wirtschaftsforums von Davos zu einem „Neubeginn“ oder „reset“ des Kapitalismus, die Eingriffe des Staates in die Märkte

ebenso verteidigen wie den ernsthaften Kampf gegen den Klimawandel, die Streichung der Subventionen für die Kohlenstoffe oder die Auferlegung höherer Steuern für die Reichsten. Sie tun das nicht aus Solidarität: die Protagonisten begreifen, dass es mit den konventionellen Praktiken zu sozialen Verwerfungen kommen wird, die nicht nur ihre Geschäfte sondern auch ihr eigenes Überleben unmöglich machen werden.

Die Linken hingegen schaffen es noch nicht, substantielle Alternativen zu entwickeln, weshalb sie in den Debatten über verschiedene Varianten des Kapitalismus stecken bleiben.

Im Unterschied dazu werden besonders in Südamerika Möglichkeiten des Wandels postuliert und erprobt, zusammengefasst unter dem Begriff Buen Vivir (Gutes, würdiges Leben), die darauf abzielen, die Verbindung zur Natur wiederherzustellen und dabei die Lebensqualität für die Menschen zu sichern. Im globalen Norden gibt es nichts Vergleichbares. Die Aufgabe unserer lateinamerikanischen Politik besteht darin, diese Diskussionen aufzunehmen, den Blick mehr auf unseren Kontinent und auf unser angestammtes Gebiet zu richten

Unter dieser Sichtweise sammeln sich viele andere Alternativen, einige lokal und begrenzt, die es ermöglichen, unser ökologisches Erbe zu bewahren und gleichzeitig die Lebensqualität zu sichern. Einige werden seit langem praktiziert, sie sind kraftvoll und haben ein großes Potential. Das gilt etwa für die organische Landwirtschaft (Anbau und Viehzucht), denn sie hängt nicht von Agrochemikalien ab, hält die Plagen biologisch unter Kontrolle, regeneriert die Böden, erfordert mehr Arbeitskraft und liefert gesündere Lebensmittel.

Es sind Optionen, die ihrerseits wirtschaftlich tragfähig sind und in bestimmten Fällen erhebliche Exportströme ermöglichen. Diese und andere Beispiele zeigen, das es nicht an machbaren Alternativen mangelt, sondern dass wir im Gegenteil von diesen umringt sind. Aber in fast allen Fällen werden sie von der konventionellen „Entwicklungspolitik“ (desarrollismo) negiert oder bekämpft.

Gleichzeitig ist klar, dass die notwendigen Veränderungen zur Heilung der Erde nicht nur über neue Technologien oder andere Ansätze in der Entwicklungspolitik führen, sondern über die Wiedererlangung anderer Sensibilitäten und Verantwortlichkeiten. In diesem Bestreben hat Lateinamerika ebenfalls Neuerungen zu bieten wie die Anerkennung der Rechte der Natur, die auf unterschiedliche Art und Weise schon in Ecuador und Kolumbien angenommen worden sind, und die

Antworten geben auf Veränderungen in der Ethik und der Gefühlswelt: Es geht darum, zu verstehen, dass die Umwelt und das Leben nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden können und dass es um Gerechtigkeit sowohl zwischen Menschen als auch mit der Natur geht.

Übersetzung: Camilla Seidelbach, Amerika21

Titelbild: shutterstock / NicoElNino

Mehr zum Thema:

Stimmen aus Lateinamerika: Der unsichtbare Süden

„Zeitenwende“ auf lateinamerikanisch? – Lateinamerika und der Krieg in der Ukraine